

Ohne Frieden ist alles nichts!

»Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« (Jean Jaurès)

Donnerstag, 9. September 2021, um 19:00 Uhr, Alevitische Gemeinde, Nobistor 33-35 (Nahe S-Bahn Reeperbahn)

Am 8. Mai erinnerten wir uns an den Tag der Befreiung, am 22. Juni an den 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion. Deutlich wurde: die Regierenden in Deutschland mögen die Erinnerung an diese Daten nicht, weil die Eroberung fremder Länder, weil Militäreinsätze im Ausland, weil der Drang gen Osten auch heute zum festen Bestandteil deutscher Außenpolitik gehört.

Nichts wird gut in Afghanistan und anderswo, solange Krieg zu Frieden führen soll

Wir erinnern uns noch gut an die Worte des damaligen „Verteidigungsministers“ Peter Struck, demzufolge Deutschlands Freiheit „am Hindukusch verteidigt“ werden müsse. 20 Jahre ist es her, dass der Bundestag unter diesem Motto 2001 auf Antrag der SPD und der Grünen eine Beteiligung am Afghanistan-Krieg beschloss. „Terrorismus“ sollte bekämpft werden. Einzig die PDS stimmte gegen diesen Beschluss. Gemeinsam mit der Friedensbewegung wehren wir uns seitdem auch als LINKE gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr, die weder „den Terrorismus“ bekämpfen noch Menschenrechte schützen, sondern der Logik (eigener) geostrategischer Interessen folgen.

Bekämpft werden sollten die Taliban, aber am Ende dieses 20-jährigen Krieges sind sie stärker denn je. 20 Jahre waren Truppen aus NATO-Staaten in Afghanistan. 20 Jahre besetzten sie ein anderes Land. 20 Jahre paktierten sie dort mit korrupten Regimen, die sie selbst beförderten. 20 Jahre gaben sie an, den Menschen helfen zu wollen. Aber am Ende dieses Krieges geht es den Menschen in Afghanistan ökonomisch so schlecht, wie noch nie. Ist es da ein Wunder, dass die Taliban jetzt die politische Macht übernehmen, ohne dafür auch nur kämpfen zu müssen?

Die Bilanz dieses Krieges ist grausam. 200 000 Tote, vor allem aus der zivilen Bevölkerung Afghanistans, stehen in der Bilanz dieses Krieges, der alleine die USA ca.

4.000 Milliarden US-Dollar kostete, Deutschland viele weitere Milliarden Euro. Das Land ist zerstört. Minen verwandeln riesige Regionen in No-Go-Areale. Ungezählte Flüchtlinge sind erneut unterwegs.

Ist das ein besonderer Fehler, der sich so nun nur für Afghanistan zeigt? Nein! Die Ergebnisse der Kriege gegen den Irak, in Libyen, im Sudan, in vielen anderen Ländern und Regionen, sind keine anderen. Überall wo sich westliche Armeen in den letzten Jahrzehnten militärisch einmischten, gab es am Ende nur Zerstörung und hunderttausendfachen Tod.

Wer heute weiter eine solche Interventionspolitik propagiert oder fortgesetzt von „humanitären Einsätzen“ der Bundeswehr redet, hat offensichtlich andere Interessen als eine am Völkerrecht orientierte Politik. Die Interessen der deutschen Bevölkerung werden weder am Hindukusch noch im Indopazifik verteidigt.

Wie geht Friedenspolitik?

Die einzig vernünftige Konsequenz aus den Erfahrungen des letzten Jahrhunderts besteht darin, dass solche Militäreinsätze in anderen Ländern nirgendwo mehr stattfinden dürfen. Stattdessen muss es darum gehen, eine internationale Friedensordnung zu schaffen, wie sie beispielsweise der Generalsekretär der Vereinten Nationen fordert. Um das durchzusetzen müssen wir die Macht der Militaristen, müssen wir die Macht der großen Monopole, die an diesen Kriegen verdienen, auch bei uns brechen. Das geht nur mit Oppositionspolitik, die in Fragen des Friedens kompromisslos sein muss! Das geht gemeinsam mit der Friedensbewegung und außerparlamentarischen Bewegungen.

Wir müssen jetzt aber auch grundsätzliche Konsequenzen ziehen. Die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat, wie wir es im Wahlprogramm zur Bundestagswahl formuliert haben (S. 137), ist das

Gebot der Stunde. Der Einsatz von Bundeswehrsoldaten an den Westgrenzen Russlands und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion muss beendet werden, genauso wie die aggressive „Regime Change“-Politik gegen missliebige Regierungen. Schluss muss sein mit weiterer Aufrüstung auch der Europäischen Union. Schluss muss sein mit dem neuen Kalten Krieg, der sich nicht nur gegen Russland, sondern zunehmend auch gegen China richtet, das zu einem ein „systemischen Feind“ erklärt wird.

Besonders aggressiv agiert dabei die US-Regierung, die um ihre globale Führungsrolle fürchtet. Doch auch deutsche Politik ist längst nicht mehr nur ein Juniorpartner in dieser unheilvollen Allianz, sondern sie verfolgt auch eigene imperiale Interessen. Gemeinsam streben sie die weitere Aufrüstung der NATO an. Mit dem Strategiepapier „NATO 2030“ soll eine neue Runde international organisierter Konfrontationspolitik insbesondere gegenüber Russland und China eingeleitet werden.

Kein kalter und kein heißer Krieg gegen Russland und China!

30 Jahre nach dem Ende des Kalten Kriegs befinden wir uns heute erneut in einem solchen. Doch es gibt einen elementaren Unterschied, der die Situation heutzutage noch gefährlicher macht als vor 30 oder 40 Jahren. Denn China wird nach Berechnungen des britischen „Centre for Economics and Business Research“ schon 2028 ein höheres Bruttoinlandsprodukt realisieren als die USA. Gleichzeitig entwickelt China eine so große Ausstrahlung, dass es zunehmend zum bevorzugten Handelspartner etlicher weiterer Länder in Afrika und Asien wird. Kombiniert mit einer Führungsrolle in Schlüsseltechnologien ist China den krisengeschüttelten westlichen Industriestaaten in nahezu allen ökonomischen und technischen Bereichen überlegen. So sehr, dass es auch nicht „totgerüstet“ werden könnte, wie es NATO-Strategen einst mit der Sowjetunion taten.

Die westliche Politik zur Behinderung Chinas ist breit gefächert. Auf ökonomischem Gebiet beschloss der G7-Gipfel gerade ein Programm zur High-Tech-Vitalisierung von Wirtschaft und Forschung, eine Art Gegenprojekt zur „Neuen Seidenstraße“, für das bis zu 40 Billionen Dollar investiert werden sollen. Gemeinsam setzen die westlichen Staaten verstärkt auf so genannte Menschenrechtskampagnen und eine Neuauflage von Regime-Change-Strategien. Die Demokratien müssten sich gegen „Autokraten“ wehren, heißt es scheinheilig.

Mit der Konfrontationspolitik gegen China werden Übergänge in reale bewaffnete Auseinandersetzungen geschaffen. US-Generale äußern offen, dass ein Krieg mit China bereits in der nächsten Dekade möglich wird. Das aber würde die Gefahr einer globalen militärischen Konfrontation beinhalten, die die ganze Menschheit bedroht. Dies abzuwenden muss unser oberstes Ziel sein. Dafür müssen jedoch in den westlichen Staaten, darunter Deutschland, entscheidende Änderungen der Machtverhältnisse durchgesetzt werden. Dem im Kapitalismus wurzelnden Imperialismus und der Macht der großen Monopole müssen Grenzen auferlegt werden.

Ohne Frieden, ohne Abrüstung, ohne einen friedlichen Ausgleich mit Russland und China, ohne eine Beschränkung der Macht der Kriegstreiber und der Monopole, wird es keine progressiven Veränderungen im sozialen Gefüge und im Bereich der Klimapolitik geben.

Drei Fragen sollen im Mittelpunkt unserer Diskussionsrunde am 9. September stehen: Eine Bewertung und Analyse bisheriger Militäreinsätze, auch am Beispiel von Afghanistan. Zweitens das Aufspüren der ideologischen und politischen Elemente des bereits begonnenen Kalten Kriegs gegen Russland und China. Drittens: Wie es uns gelingen kann, die friedenspolitischen Ziele der LINKEN im Konflikt mit den Kriegstreibern von heute offensiver zu vertreten und zu verwirklichen.

Diskussionsveranstaltung: Ohne Frieden ist alles nichts!

**Donnerstag, 9. September 2021,
um 19:00 Uhr,
Alevitische Gemeinde, Nobistor 33-35 (Nahe S-Bahn Reeperbahn)**

**Veranstalter: QUO VADIS, Die LINKE?
www.quo-vadis-die-linke.de**

Zur Präsenzveranstaltung bitte anmelden: info@quo-vadis-die-linke.de
Zoom-Zugangsdaten: www.quo-vadis-die-linke.de/frieden/